



**Berlin, 27. April 2021
Nr. 49/2021**

An die Medien in Berlin, Brandenburg und Sachsen

PRESSEMITTEILUNG

Metall-Tarifkonflikt 2021

IG Metall schlägt konstruktiven Lösungskompromiss zur Angleichungsfrage vor Tarifverhandlungen werden am 7. Mai 2021 fortgesetzt

- ▶ **Weitere ganztägige Warnstreiks**
- ▶ **Schwerpunkt am Mittwoch in Sachsen und Brandenburg: VW Werk in Zwickau und Dresden, Porsche Werk in Leipzig, ZF in Brandenburg/Havel**

Die 5. Tarifverhandlung mit dem Berlin-Brandenburger Arbeitgeberverband wurde heute ohne Ergebnis beendet. Die IG Metall hat einen konstruktiven mehrstufigen Lösungskompromiss für einen ersten Schritt als Einstieg in die Angleichung unterbreitet, den die Arbeitgeber nunmehr prüfen und eingehend bewerten werden. Das Beharren der Arbeitgeber auf einer strikten Kostenneutralität wurde in der Verhandlung erneut deutlich.

„Die Beschäftigten im Osten arbeiten drei Stunden unbezahlt mehr. Eine Lösung dieser Frage kann schon dem Wesen nach nicht ohne Kosten ablaufen. Es wird sich daher zeigen, ob die Arbeitgeber am Ende einen wirklichen Lösungswillen beweisen oder nicht. Wir haben heute für einen ersten Schritt einen aus unserer Sicht konstruktiven Lösungskompromiss unterbreitet“, sagte Birgit Dietze, IG Metall Bezirksleiterin und Verhandlungsführerin im Nachgang.

Die Tarifverhandlungen werden am 7. Mai fortgesetzt.

IG Metall und Arbeitgeber hatten sich in Berlin in kleiner Runde in Präsenz getroffen, um erneut über die regionale Forderung der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen nach einem Tariflichen Angleichungsgeld zu verhandeln.

Für Rückfragen: Andrea Weingart, 0151 29 23 11 82

Aktuelle Informationen auf www.igmetall-bbs.de

Hintergrund:

Herausgegeben von der Pressestelle der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen

Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin, Telefon: 030 25 37 50 45, andrea.weingart@igmetall.de, www.igmetall-bbs.de



Die IG Metall fordert ein Volumen von 4 Prozent für Entgelterhöhungen oder zur Beschäftigungssicherung. Außerdem geht es um Zukunftstarifverträge, um die Transformation zu gestalten, und tariflich verbesserte Übernahmeregeln für Ausgebildete. Dazu fordert die IG Metall im Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen für die rund 290.000 Beschäftigten (110.000 in Berlin-Brandenburg und 180.000 in Sachsen) ein **Tarifliches Angleichungsgeld**, damit 30 Jahre nach der Wiedervereinigung endlich Schluss ist mit der Ungleichbehandlung der Beschäftigten in Ost und West.

Inzwischen haben mehrere Bezirke den Pilot-Abschluss aus NRW übernommen. Die Forderung nach dem Tariflichen Angleichungsgeld hat die IG Metall im Rahmen ihrer Gesamtstrategie bewusst nur in Berlin-Brandenburg und Sachsen aufgestellt. Daher sind die jetzt erfolgenden Pilot-Übernahmen in anderen Tarifgebieten keine Referenz. Das wiederholte Nein der Arbeitgeber zum Tariflichen Angleichungsgeld befördert die in den Belegschaften bereits bestehende Empörung.